

## **Bericht**

### **des Arbeitskreises Bahnpolitik**

zur Gemeinsamen Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder  
(GKVS) am 16./17. Oktober 2013 in Berlin  
und zur Verkehrsministerkonferenz (VMK) am 6./7. November 2013 in Suhl

#### **TOP 5.5      Auswirkungen zu geringer Personalkapazitäten auf den Betrieb der DB AG**

Im August 2013 ist es im Bahnhof Mainz Hbf. wegen Personalmangels im Stellwerk zu massiven Einschränkungen des Betriebs gekommen. Zunächst konnte in den Nachtstunden nicht das vollständige Betriebsprogramm gefahren werden, ab dem 12.08.2013 wurden dann Betriebseinschränkungen ganztägig erforderlich. Ab dem 19.08.2013 wurde der Betrieb nur noch tagsüber, aber in großem Umfang eingeschränkt. Die Einschränkungen am Tag führten dazu, dass teilweise nur rund 60 % der Nahverkehrszüge den Mainzer Hauptbahnhof anfahren konnten; im Fernverkehr mussten die meisten Züge um Mainz herumgeführt werden.

Ursächlich hierfür war nach Angaben der DB AG, dass von den insgesamt 15 Planstellen für Fahrdienstleiter sowie drei weiteren Planstellen für Fahrdienstleiterhelfer insgesamt sieben Personen sich im Urlaub befanden oder krank waren. Die daraus resultierende geringere personelle Besetzung machte es erforderlich, die Bedienungshandlungen im Stellwerk einzuschränken. Dadurch konnten nur weniger Züge gefahren werden.

Personelle Probleme bei der Besetzung von Stellwerken sind auch bekanntgeworden an den Bahnhöfen Friedrichssee (Lahnstrecke), Bebra, Berlin-Halensee, Berlin-Tempelhof, Niederarnbach und Zwickau.

Wegen dieser insbesondere im Stellwerk Mainz aufgetretenen Probleme und massiver Kritik im politischen und öffentlichen Raum hat die DB Netz AG nach Gesprächen mit

den Personalvertretungen inzwischen zugesichert, die Personalausstattung bundesweit zu überprüfen. Angekündigt wurde bereits, die externen Einstellungen in diesem Bereich von 300 auf 600 zu erhöhen, den rechnerischen Personalbedarf für Urlaubs- und Krankheitsvertretungen zu erhöhen und auch vermehrt Fahrdienstleiter benachbarter Stellwerke jeweils gegenseitig örtlich auszubilden, damit in derartigen Situationen künftig flexibler reagiert werden kann.

Das Eisenbahn-Bundesamt und die Bundesnetzagentur haben aus Anlass der Zugausfälle in Mainz mit Zwangsgeldern gedroht, falls nicht unverzüglich geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Betriebseinschränkungen ergriffen werden.

Sollte die DB Netz AG zukünftig bundesweit mehr Personal im operativen Bereich einsetzen, ist nicht auszuschließen, dass die DB AG versuchen wird, die gestiegenen Kosten auf die Trassenpreise umzulegen, wodurch letztlich die Länder und die Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr dies im wesentlichen zu finanzieren hätten. Daher ist zu fordern, dass der Bund dem Unternehmen die an den Bund auszuschüttende Bahndividende von 525 Mio. € im Jahr 2012 die DB AG weiter zur Verfügung stellt, damit unter anderem zusätzlicher Personaleinsatz finanziert werden kann und daher die Trassenpreise durch derartige Maßnahmen nicht steigen müssen. Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer hatte im Übrigen in der Presse angekündigt, zukünftige Gewinne der DB Netz AG in größerem Umfang wieder in das Netz zu investieren.